

Deutscher Reichstag.

100. Sitzung.

J. Berlin 17. Januar. (Prin.-Tel.)

Stimmungsbild.

Die getrigge, den Plänen des Schatzsekretärs nicht gerade günstig gesehene Debatte hat ihn beunruhigt, heute ist er schon frühzeitig mit einem ganzen Schaar von Mitarbeitern erschienen — fast auf allen Regierungsgängen glänzt der blaue Kissenbeutel — die ihm im Notfall mit Material zur Seite stehen sollen. Zunächst hat er heute keinen Grund einzutreten. Zu Beginn der Sitzung wurde nämlich wieder einmal die Immunitätsfrage aufgerollt. Den von dem fortschrittlichen Abg. Carstens selbst gewünschten Beschluß, die Genehmigung zu seiner Strafverfolgung zu erteilen, sah das Haus nicht. Seine eigenen Parteigenossen waren über den vorliegenden Fall geteilter Ansicht.

Man geht dann zur Weiterberatung der Zuwachssteuer über, der als erste Redner Dirlen (Rpt.) und auch Sena (Vole) zustimmen. Sena kann allerdings keine Erklärung nicht im Namen aller seiner Parteifreunde abgeben. Außerdem hat er gegen mehrere Paragraphen Einwendungen zu machen. Er läßt energisch Sturm gegen die steuerliche Anschließungspolitik, die er durch den die Steuerfreiheit der Bundesstaaten und der gemeinnützigen Anstaltensvereinbarungen feststehenden § 22 für begünstigt hält. Auf diese Vorwürfe geht Wermuth vorläufig nicht ein. Als aber die Abgeordneten für die Verhandlungen immer mehr Interesse zeigen, also sich teilweise große Gruppen vor dem Rednerpult positionieren und als der Sitzungssaal eine Belichtung annehmt, wie sie in den wichtigsten Tagen kaum besser ist, erhebt sich der Schatzsekretär. Noch einmal preist er die Vorteile des Gesetzes, empfiehlt dringend alle Änderungsanträge abzulehnen und verspricht mit Hilfe vieler Zahlen nachzuweisen, daß der größte Teil der in anderen Besitz übergegangenem bebauten und unbebauten Grundstücke von der Steuer nicht getroffen würde, da ihr Wert die für das Eintreten der Steuer bestimmte Grenze (20 000 bzw. 30 000 M.) nicht überschreite. In Anhängern der Steuer bekennen sich noch die Abg. Raab (Wirtsch. Vgg.), Wermuth (Rpt.), Dr. Reumann-Hofer (Fortschritt. Vpt.), eine Abmilderung verlangt Paul-Cochem (Ztr.), eine Verschärfung der Vorlage dagegen Südekum (Soz.). Der nationalliberale Dr. Vogel warnt vor einer zu großen Belastung der Industrie und vor allem des Bergbaues, den der im Wahlkreis Sieders gemählte Abgeordnete aus eigener Erfahrung kennt. Dieser letzteren Forderung stimmt auch Dr. Arendt (Rpt.) zu. Er erzählt weiter, daß er noch nie einer soch verfahrenen zweiten Meinung, wie die über das vorliegende Gesetz sei, begegnet habe; hat aber dennoch gute Wünsche für das Zustandekommen des Gesetzes übrig. Auch für seine Rede traf die heute mehrfach gemachte Beobachtung zu, daß der gestern durch Wermuth verurteilte parlamentarische Senat, eine Zuwachssteuer auch für das mobile Kapital zu schaffen, bereits Schule gemacht hat. Die Rede Arendts zeigt aber auch, so meint der Staatssekretär Wermuth, als er zu später Stunde noch einmal das Wort ergreift, daß man ein Gesetz soeben kann. 1909 haben nämlich Dr. Arendt und seine politischen Freunde das damals viel schärfere Gesetz angenommen. Abg. Graf Westarp erklärt nach die Zustimmung der Konventionen, wehrt sich gegen die Kennzeichnung des Entwurfs als eines agrarischen Gesetzes und polemisiert

gegen Dr. Arendt. Am Schluß bezieht Dr. v. Soding (Ztr.) auf der Heraushebung der steuerfreien Grenze. Die Worte Wermuths haben also nichts gefruchtet. Was wird nun werden? Wird die Regierung zur Erblichkeitssteuer, die man ihr heute wieder empfohlen hat, greifen, oder —? Am Mittwoch darf man endlich die ersten Abstimmlungen erwarten.

Sitzungsbericht.

Am Bundesratslich Staatssekretär Wermuth und Kommissare.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwis eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 18 Minuten.

Der Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission, die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Carstens (Fortschritt. Vpt.) in einer Preussische ledigungsfrage nicht zu erteilen, wird nach kurzer Debatte angenommen.

Sodann wird die zweite Beratung des Wertzuwachssteuergesetzes fortgesetzt.

Abg. Dirlen (Rpt.): Die überwiegende Mehrheit meiner Parteifreunde will trotz mancher Bedenken gegen Einzelheiten für das Gesetz in der Hoffnung der Kommission stimmen. Bis auf den Antrag Cuno, der die Bestimmung streichen will, daß der Wertzuwachs betroffen werden soll, „der ohne Zutun des Eigentümers entstanden ist“, lehnen wir alle Änderungsanträge ab. Wir brauchen nun Steuern für das Militär und die Veteranen! Unter keinen Umständen wollen wir diese Forderungen länger hinausschieben. (Beifall rechts.)

Abg. Sena (Vole): Die Steuer ist nicht gerecht, weil nicht alle Staatsbürger gleichmäßig behandelt werden sollen. Bis 1914 soll diese Steuer neben dem Umsatzsteuer erhoben werden, und dagegen haben wir die schwersten Bedenken. Will man das immobile Kapital treffen, so ist nicht einzuweichen, weshalb nicht auch der Wertzuwachs an mobilem Kapital, den Wertpapieren, besteuert werden soll. In erster Linie sollte diese Steuer den Gemeinden überlassen bleiben. Die schrittweisen Bedenken haben wir gegen die rückwirkende Kraft bis 1885. Als Berufungsinstanz wollen wir nicht das Verwaltungsstellenverfahren, sondern den ordentlichen Rechtsweg. Wir werden einen entsprechenden Antrag einbringen. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Raab (Wirtsch. Vgg.): Es ist wünschenswert, daß nicht noch weitere Abänderungen an dem Gesetz gemacht werden. Es eröffnet sich hier ein neues Gebiet, auf dem wir noch Erfahrungen sammeln müssen, um etwaige Lücken des Gesetzes zu schließen. Das Borgen vieler Gemeinden beweist, daß diese Steuer wohl beachtet ist; in Hamburg hat sie sich sehr gut bewährt. Es wäre gerecht, wenn man den Gemeinden das Recht, weitere Zulagen zu dieser Steuer zu erheben, geben würde. Eine endgültige Verständigung wird sich in der dritten Lesung erzielen lassen. Die Veteranenfürsorge ist dringend, daher sollte der Reichstag hier hart werden und die Vorlage annehmen.

Abg. Werner (Recht): Die Wertzuwachssteuer muß im Interesse der Veteranenfürsorge angenommen werden. Die ungeschickte Umsatzsteuer muß gänzlich beseitigt werden. Als Ersatz könnte eine Kotierung und Wechselsteuer dienen.

Abg. Paul-Cochem (Ztr.) begründet seinen Antrag zu § 1, wonach Steuerfreiheit eintritt, wenn der Besitzer im letzten Jahre nur 3000 Mark Einkommen gehabt hat. Die Kommission hatte 2000 M. gesetzt. Der Antrag liege im

Interesse der Landwirtschaft und der kleinen Winzer. Die Veteranen brauchen dabei nicht zu kurz zu kommen.

Abg. Südekum (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag zu § 1—16, der diese Paragraphen zusammenfaßt zu einem Paragraphen 1 und damit die Regierungsvorlage wiederherstellt. Auf Kinderbewertheite, die sonst bei der Steuererhebung berücksichtigt werden, braucht keine Rücksicht genommen zu werden, da ja nur der unbedeutende Wertzuwachs betroffen werden soll. Die Regierungsvorlage hat hier allein den richtigen Standpunkt vertreten. Die sonst gestellten Anträge sind für uns völlig unannehmbar. Die Veteranenfürsorge darf nicht zum Vorwand dieses Gesetzes gemacht werden. 95 Prozent unseres Volkes sind nicht Grundbesitzer, und diese stehen auf unserer Seite, wenn wir hier ein Gesetz fördern, das nicht Schein und Trug ist.

Schatzsekretär Wermuth: Ich bitte alle Anträge abzulehnen. Es liegt absolut kein Grund vor, Ausnahmen zu schaffen. (Sehr richtig links.) Unter die Grenzen des Stempelgesetzes für die Steuerfreiheit hinunterzugehen, geht wirklich nicht, ganz abgesehen von der formellen und technischen Schwierigkeit, die dadurch geschaffen würde. Schon jetzt sind mehr als 90 Prozent aller Auslassungen unter 20 000 M. bleiben also frei. Das geschieht schon jetzt in Orten mit überwiegend kleinstädtischer Bevölkerung, daher hätte es bei der Regierungsvorlage zu bleiben.

Abg. Reumann-Hofer (Fortschritt. Vpt.): Die Änderungsanträge stammen sämtlich aus der jetzigen Mehrheit. Das ist bedenklich. Wir können, wenn wir malitios wären, für sie stimmen, um die Mehrheit zu verlieren. Die Gemeinden sollten wenigstens die Hälfte des Ertrages erhalten. Wir stellen einen entsprechenden Antrag.

Abg. Vogel (Recht): Für die Industrie kommt ein unbedeutender Wertzuwachs überhaupt nicht in Betracht. Die Teuerung von Grund und Boden fällt den Fabrikanten zum Nachteil bei jeder Betriebsvergrößerung zu Lasten. Ebenso ist der Bergbau aus diesem Gesetze herauszulassen, auch bei ihm kann von unbedeutendem Wertzuwachs nicht gesprochen werden.

Abg. Arendt (Rpt.): Auch ich bin der Meinung, daß der Bergbau gar nicht in dieses Gesetz hineingehört. Daß das Reich zur Erhebung einer Abgabe auf den Wertzuwachs berechtigt ist, entspricht vollkommen meiner Überzeugung. Die Veteranenfürsorge muß endlich gesichert werden, und dafür müssen von den verbündeten Regierungen die Finanzquellen gefunden werden. Die 5 Millionen aus der Reichswertzuwachssteuer reichen hierfür nicht aus. Wir wollen für die alten Krieger eine ausreichende Beihilfe. Wir alle wollen die Großspekulanten treffen. Das wird aber mit dieser Vorlage nicht erreicht; in diesem Maße wird der Großgrundbesitz geschont und der kleine Mann und der Mittelstand getroffen werden. Die Terrainspekulanten sind ganz zu loben; denn sie fahren bei diesem Reichsgesetz besser, als wenn die Kommunen die Steuer in die Hand nehmen. Die wenigen Abgeordneten sind in der Verteilung der Vorlage kaum über den Paragraphen 4 vorgedrungen, rüfen hat sie niemand, nicht einmal die Kommission. (Sehr gut und Beifall.) Besonders schade wird die Ausübung dieser Steuer dadurch, daß sie verfloppelt ist mit dem Umsatzsteuer. Die Bestimmung über die rückwirkende Kraft würde mich veranlassen, gegen das ganze Gesetz zu stimmen. (Bravo!)

Schatzsekretär Wermuth: Die Argumente des Vorredners sind in allen drei Lesungen der Kommission erörtert und widerlegt worden. Für den speziellen Entwurf von 1909 hat er selbst gestimmt. Die rückwirkende Kraft ist in vielen Orten mit Erfolg und ohne Schaden angewendet worden. Es gibt auch Spekulanten mit kleinem Vermögen.

Vom jedem Gesetz ist schon gesagt worden, daß es schlecht gemacht ist. Das hat aber auf seine Handhabung keinen Einfluß. Wir werden jedenfalls das unrichtige tun. Meine Beamten werden sich schon vor Ausübung des Gesetzes über die in Frage kommenden Verhältnisse an Ort und Stelle unterrichten müssen. Die Schwierigkeiten der Veranlagung werden überwunden werden können. Die Verbindung der Steuer mit der Veteranenfürsorge ist aus dem Hause selbst gewünscht worden. Ich kann nur bitten, weiteren Finenzen durch Annahme der Vorlage zuzuhelfen. (Bravo!)

Graf Westarp (Konf.): Gegenüber den Anträgen zu § 1 werden wir bei den Kommissionsbeschlüssen bleiben, wenn auch a. B. der Antrag Arendt, der für die Steuerfreiheit die Grenzlinien erhöht, manches Gute hat. Arbeiter mit geringem Einkommen werden von der Steuer nicht getroffen. Eine Vermehrung des Oberverwaltungsgerichtes kommt meines Willens nicht in Frage. Daß die Grundbesitzer sich von den Steuern drücken, ist ein sozialdemokratisches Märchen. Das Bauernschicksal soll ebenso erlöst werden wie anderer Grundbesitz. Die Verwendung des Ertrages für die Veteranenfürsorge halten wir für wohl durchführbar.

Abg. v. Soding (Ztr.) begründet seinen Antrag, die untere Grenze des von der Steuer betroffenen Verkaufserlöses von 20 000 auf 30 000 M. für bebauten und von 30 000 auf 40 000 M. für unbebauten Grundstücke heranzusetzen. Es kommen hier rein sachliche Erwägungen in Betracht. Sollte mein Antrag nicht angenommen werden, so würde sich die Kalkulation des Antrages Wermuth empfehlen, nach welchem der Verkaufserlös nicht mehr als 20 000 M. bzw. 30 000 M. beträgt. Auch der Antrag Pauli (Kohlen) würde sich empfehlen. Einanfragen sind im Laufe der Debatte von verschiedenen Parteien bisher 84 Handänderungsanträge an den Kommissionsvorsitzenden.

Die Weiterberatung wird auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Schluß nach 6 1/2 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus

Berlin, 17. Januar.

Bei fortgesetzter Etatberatung

verlos der Minister des Innern Dalkow eine amtliche Darstellung der Noabiter Unruhen. (Siehe die Dienstags-Abendausgabe, S. 10.)

Abg. v. Jellich (Frel.) führte aus: Die Sozialdemokratie trägt die Hauptlast an den Vergängen in Noabit. Die Einbringung einer Wahlrechtsvorlage in dieser Session wäre, da keine Aussicht auf eine Verständigung vorhanden ist, eine politische Dummheit gemein. (Heiterkeit.)

Landwirtschaftsminister Freiberger v. Schorlemer führte aus: In der Förderung des Deutschtums in den Ostmarken werden wir fortfahren.

Schmieding (Natl.) erklärte: An dem Wählungen der Wahlrechtsvorlage tragen die Konventionen die Schuld, weil sie mit dem Zentrum die Reform machen wollten. Gingen die Liberalen mit der Sozialdemokratie gegen die übrigen Parteien vor, so begingen sie einen verhängnisvollen Fehler. Graf Krümmel-Jänsch (Konf.) sagte: Die Erklärungen des Ministers des Innern über die

Beginn Freitag früh 8 Uhr

Inventur =

Beginn Freitag früh 8 Uhr

Räumungs-Verkauf

Die neue Raumeinteilung:

- Im Parterre: Kleiderstoffe, Seide, Reste abgepaßte Roben, Herrenwälsche, Herrenhüte
- Im I. Obergeschoß: Damen-Konfektion, Pelze u. Kinderkonfektion, Korsetten, Handschuhe
- Im Zwischenstock: Damen-, Kinder- u. Hausflandswälsche, Trikotasen, Herrenkrawatten, Schürzen u. Unterröcke, Blusen, Herrenkonfektion
- Im II. Obergeschoß: Teppiche, Gardinen, Möbelsstoffe, Damenputz, Pofamenten und Besätze

Verkaufslokal „Großer Reiter“, Schloßgasse 16, Parterre, I., II., III. Stock: FAHRSTUHL
Steppdecken, Schlafdecken, Betten, Bettdecken, Bettstellen, Matratzen, Schlafzimmer, Kleinnöbel

Der Zugang ist nur von der Petersstraße. Der Ausgang ist im Herrenhaus auf die Markgrafenstraße und von jedem Stockwerke aus über die direkt nach der Markgrafenstraße und nach der Schloßgasse führenden Treppen

Inserate werden an Wochentagen abwechselnd für folgende Abteilungen: Kleiderstoffe, Leinen, Konfektion und Putz, Betten, Unterröcke und Schürzen
erscheinen: an Sonntagen für alle Abteilungen gemischt
Morgen erscheint die große zweiseitige Anzeige und es empfiehlt sich, dieselbe auszufordern und aufzubewahren, weil ein so umfassendes Inserat nicht mehr erscheint.

August Polich